

Es wird ernst! Flughafenprozeß vor dem Abschluß

Hätte es die Bürgerproteste nicht gegeben, dann könnte man heute schon nicht mehr bei Mönchbruch spazieren gehen.

Dort in der Nähe des jetzt geplanten Naturschutzgebietes, hätte die Startbahn „West“ den Wald zerschnitten und die Natur zerstört. Die Menschen wären vertrieben.

Aber es gab die Proteste und die Prozesse. Die Ausbauegegner erzielten Teilerfolge. Den Bürgern, die sich hier einsetzen, gebührt unser Dank.

Nun aber wird es ernst. Am 7. Juli sollen sämtliche Revisionsverfahren in Sachen Flughafenausbau vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschieden werden. Die Urteile, so heißt es, hätten endgültigen Charakter. Gleichzeitig melden sich die Politiker. Der Frankfurter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann (CDU) forderte den Ausbau und Hessens Ministerpräsident Holger Börner (SPD) meinte (lt. Pressemeldungen), daß es dabei nicht nur um die Parallelbahnverlängerung, sondern auch um den Bau der dritten Startbahn geht.

Startbahn „West“ schon 1983?

Sollte es im Juli zu einem für den Flughafen positiven Gerichtsentscheid kommen, dann würde mit dem Bau der Startbahn „West“ schon in 5 bis 6 Jahren zu rechnen sein.

Die auch nicht unproblematische Startbahnverlängerung (Schwellenverschiebung) nach Westen würde in den Jahren 1979 bis 1981 erfolgen. Bei dieser Maßnahme (der Schwellenverschiebung um 600 bis 900 m) würden 129 ha Gelände in Anspruch genommen. Die Okrifteler Straße zwischen Walldorf und Kelsterbach müßte verlegt oder in ein Tunnel gelegt

werden. Einige Gemeinden z.B. Raunheim müßten noch stärkeren Fluglärm ertragen.

Ein unverzichtbares Naherholungsgebiet ginge verloren

Beim Bau der Startbahn „West“ würden 375 ha einer meist geschlossenen Waldfläche zerstört. Der Grundwasserspiegel würde voraussichtlich um ca. 2 m sinken. Nach einem klimatologischen Gutachten würde es zu einer Temperaturveränderung von 1 bis 2 Grad Plus kommen. Die Luftverschmutzung in unserem ohnehin überlasteten Gebiet würde weiter zunehmen. Das Naherholungsgebiet für das gesamte südliche Rhein-Main-Gebiet wäre verloren. Der Fluglärm würde vor allem in den Wohnsiedlungen südlich des Flughafens enorm zunehmen.

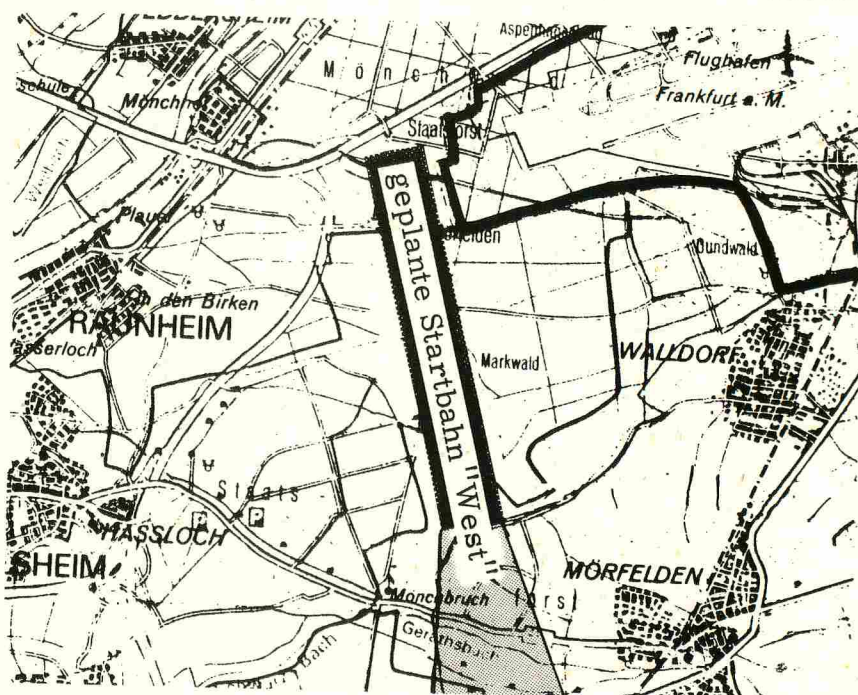
Der Bau der Startbahn „West“ wäre unverantwortlich.

Aber trotzdem gibt es die ehrgeizigen Pläne von Politikern, die den Ausbau forcieren wollen. Karry versuchte es mit Salamtaktik und Börner trat für den Ausbau ein, weil die Konzentration von Industrie und Banken untrennbar mit dem Flughafen verbunden sei.

Wem nutzt die „Konzentration“?

Was fehlt ist eine vernünftige Strukturpolitik. Eine Strukturpolitik, bei der alle Landesteile gleichmäßig entwickelt werden. Sie ist aber in diesem kapitalistischen System kaum machbar. Heute wird „konzentriert“ und zu Ballungsgebieten verdichtet. Hier sind Profite leichter zu realisieren.

Dabei wollen wir nicht übersehen, daß ▶



der Flughafen zahlreiche Arbeitsplätze bietet. Allein 800 Mörfelder sind dort beschäftigt und rund 6000 Menschen aus dem Kreis Groß-Gerau.

Die vordergründige FAG-Argumentation, ein Nichtausbau würde die Arbeitsplätze gefährden, müssen wir allerdings zurückweisen, denn auch auf dem Flughafen werden die Arbeitsplätze künftig vor allem durch kapitalistische Rationalisierungsmaßnahmen gefährdet.

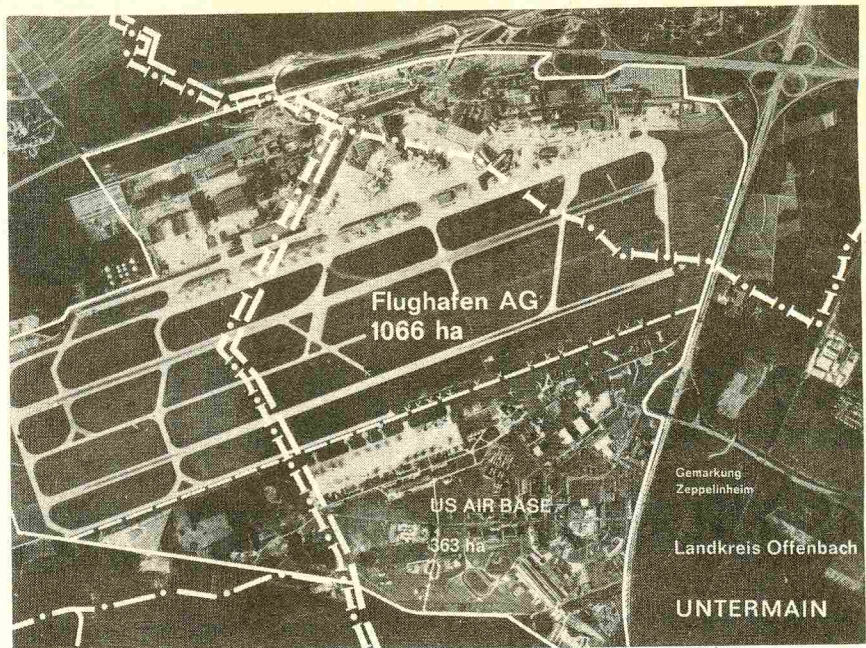
Wie soll es weitergehen?

Zunächst – der Flughafen ist da – er wird gebraucht, er muß auf dem neuesten technischen Stand sein. Die Zahl der Flugbewegungen braucht nicht zu steigen, da die Fluggeräte der Zukunft bei konstanter Zahl von Flugbewegungen mehr Passagiere und Fracht bewegen können. Der Lärm muß nicht zunehmen, wenn die Entwicklung leiser Triebwerke beschleunigt wird.

Den jetzt vom Fluglärm betroffenen Gemeinden müssen Mittel für Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Eine Kapazitätsausweitung ist möglich, wenn die Geschäfts-Jets der Industriebosse und die Militärflugzeuge vom Rhein-Main-Flughafen verbannt würden. (Die US-Air-Force benutzt meist die südliche Landebahn und die „Galaxy“, die größte Transportmaschine der Welt brummt auch nachts über unsere Köpfe.)

Das riesige Gelände der Amerikaner, die sogenannte „Rhein-Main-Air-Base“ sollte geräumt werden. Hier wäre Platz schon gewesen für das gewaltige im Bau befindliche Frachtzentrum,



dem man jetzt erneut Waldflächen opfert.

Hier könnte der gesamte Charterverkehr abgewickelt werden und hier wäre auch Platz für die diversen geplanten Sportanlagen, für die man auch wieder Bäume umhacken will. Angesichts der geschilderten Gegebenheiten, angesichts der bevorstehenden Gerichtsentscheide scheint uns „Unruhe“ die erste Bürgerpflicht zu sein. Wir wollen keinen unrealistischen Standpunkt einnehmen – aber klar und deutlich sagen: Die Startbahn „West“ darf nie gebaut werden. Wir lehnen jeden sonstigen Flugplatzausbau ab, bevor nicht alle anderen Maßnahmen, die zur Kapazitätserhaltung und Arbeitsplatzsicherung führen würden, durchgeführt werden.

Der Flughafen vor der Haustür geht uns alle an. Wir alle sollten erneut gegen die geplante Startbahn „West“ auftreten. Der Magistrat der Stadt, die Stadtverordnetenversammlung, die Parteien, die Vereine, die Kirchen, alle Bürger sind aufgerufen, dafür einzutreten, daß unsere Heimat bewohnbar bleibt.

Rudi Hechler

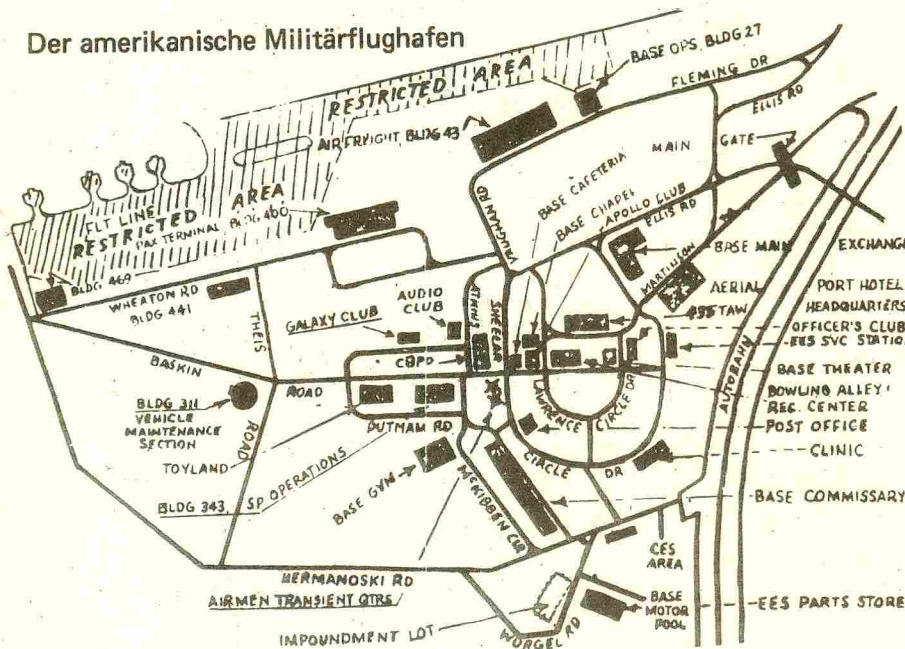
US-Air-Base – mehr als ein Drittel des Flughafengeländes

Wenn man von Kapazitätsausweitung des Flughafens spricht, sollte man immer auch von der US-Air-Base reden. Der Militärflughafen als Provisorium gedacht, ist mittlerweile die größte US-Luftwaffenbasis in Europa.

Die Amerikaner haben mehr als ein Drittel des Flughafengeländes belegt.

Sie haben 363 Hektar in Beschlag genommen, während der Zivilverkehr auf 1066 Hektar abgewickelt wird. Man sieht, welche Möglichkeiten es auf dem Flughafen selbst gäbe, ohne daß man unsren Wald opfern müßte. Die Forderung nach Räumung der US-Air-Base wird z. Zt. nur von uns vertreten. Wir meinen, daß auch andere Gegner des Flughafenausbaus diese Möglichkeit beachten sollten. Der politischen Entspannung muß die militärische folgen.

Der amerikanische Militärflughafen



LESER BRIEF

Unser Leser Hans Kohlhepp, Hochstr. 18, schrieb einen offenen Brief an den hessischen Ministerpräsidenten, aus dem wir Auszüge abdrucken.

Soll es soweit kommen wie in Japan?

Bitter enttäuscht bin ich, daß Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Börner außer der Erweiterung des Flughafens in Richtung Raunheim auch noch der Erweiterung in das Naturschutzgebiet Mönchbruch zustimmen wollen, welches erst vor kurzem unter großer Anteilnahme der hiesigen Bevölkerung beschlossen wurde. Sollen die Tausenden Proteste der Bevölkerung ungehört bleiben und sollen die Nerven dieser Menschen dem Moloch Flugplatz noch mehr geopfert werden?

Soll es erst soweit kommen, wie in Japan, wo man den Bauern die Felder enteignet hat. Bei uns geht es um die letzten zusammenhängenden Waldgebiete, wo viele Tausende Erholung suchen.

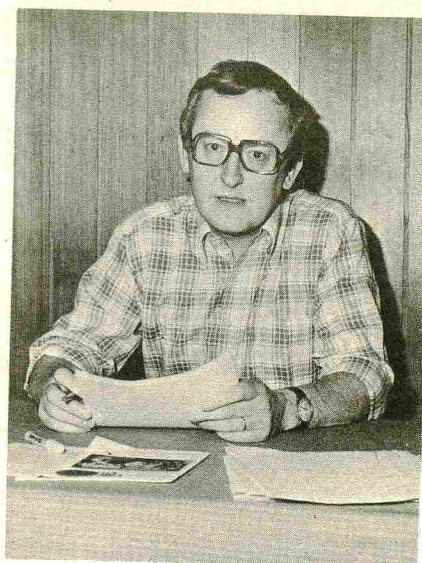
Denken Sie auch bitte darüber nach, daß die 30 Milliarden Fracht, wovon der Flughafen prahlt, den anderen Verkehrsunternehmen wie Eisenbahn und Schifffahrt weggenommen wurde. Dadurch hat es in den Lok- und Waggonfabriken sowie Werften Kurzarbeit und Konkurse gegeben. Viele Tausende mußten bereits gehen. Andere größere Flugplätze in Deutschland sind nicht ausgelastet und haben auch Nachtflugverbot. Dagegen haben wir nicht einmal nachts Ruhe.



Dichterlesung in Mörfelden. Die DKP veranstaltete wieder ihr „Literatur-Cafe“ im Bürgerhaus. Trotz Fußballweltmeisterschaft waren viele Literaturbegeisterte gekommen und diskutierten mit dem Hamburger Schriftsteller Gerd Fuchs (links), Fritz Noll vom Parteivorstand der DKP moderierte den Abend.

Rudi Hechler
DKP-Kandidat zur
Landtagswahl '78:

„Kernkraftwerke in
Gemeineigentum
überführen“



Atomkonzerne gefährden Leben der Bevölkerung

Alarmierende Meldungen von den bundesdeutschen Kernkraftwerken reisen nicht ab. Jetzt wurden Risse in der Betonkuppel des Reaktors Biblis entdeckt.

Die Risse im Reaktorbau des seit drei Jahren betriebenen Atomreaktors A in Biblis an der Bergstraße sind das jüngste Beispiel einer Reihe von Havarien und Störungen:

Am 23.4.1976 mußte Block A wegen Risse am Speisewasserbehälter für zwei Monate stillgelegt werden.

Am 29.7.1976 wurde die Anlage durch 20 lockere Schrauben blockiert; fünf Tage später mußten zehn der für die Reparatur eingesetzten Arbeiter wegen zu hoher Strahlendosis von den Arbeiten ausgeschlossen werden.

Vom 22.6. bis 21.7.1977 mußte Block B wegen eines Generatorschadens abgeschaltet werden.

Die Leitung des Energiekonzerns RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) versucht, den neuen Schaden an der Kuppel mit der Erklärung herunterzuspielen, ihm komme keine sicherheitstechnische Bedeutung zu und das Ministerium Karrys beeilte sich, in einer Erklärung diese Version zu unterstützen.

Es wird immer offensichtlicher, Karry spielt das Spiel der Atomkonzerne. Im September 1977 forderte er bis zum Jahr 2000 sieben neue Standorte für Kernkraftwerke, mit je 2 Reaktoren, vom Typ „Biblis“ in Hessen.

Gleichzeitig wird bekannt, daß am Rheinufer gegenüber dem Kreis Groß-Gerau ebenfalls Standorte für 2 Atomkraftwerke gesucht werden. Das ist atomarer Größenwahn.

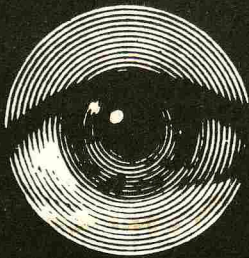
Ein Tag nach den Wahlen in Norddeutschland hat sich jetzt Börner gegen den Bau von Biblis Block C ausgesprochen. Wieder ein Tag später meinte jedoch ein Sprecher des Atomkonzerns, man rechne bestimmt mit der Genehmigung nach der Hessischen Landtagswahl.

Man kann uns nicht verübeln, das wir den begrüßenswerten Äußerungen Börners mit äußerster Skepsis gegenüberstehen.

Gerade Biblis zeigt, daß in diesem Land privates Profitinteresse Vorrang vor den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung hat.

Wir fordern: Biblis Block C darf auf keinen Fall gebaut werden. — Es ist notwendig, daß alle atomaren Kraftwerke in Gemeineigentum überführt und demokratischer Kontrolle unterstellt werden.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Wir brauchen kein Erinnerungs-Denkmal an den „Kalten Krieg“!

Auf der Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung stand am 6. Juni ein CDU-Antrag, der ein Denkmal für den 17. Juni forderte. DKP-Stadtverordneter Rudi Hechler gab hierzu eine Erklärung ab, die in der Presse kaum erwähnt wurde.

Lesen Sie nachfolgend Auszüge aus dieser Rede des DKP-Sprechers im Stadtparlament:

Adenauer wollte die „Befreiung der Ostzone“.

„Bei diesem CDU-Antrag muß Grundsätzliches ausgesagt werden. Wir wollen dies tun und in aller Sachlichkeit auf die historischen Tatbestände eingehen. Dabei ist klar, daß sich die Geschichtsauffassung der CDU von unserer — aber auch von der der sozialdemokratischen Partei — unterscheidet. Vielleicht kann man trotzdem folgendes — als allgemein bekannt — und nicht strittig voraussetzen: Die gültige Strategie der NATO war bis zur Amtseinführung von Präsident Kennedy das — auch so genannte — „roll-back“. Dieses englische Wort heißt in seiner deutschen Fassung, wie Sie wissen, nichts anderes als „zurückrollen“. Diese Strategie, deren Hauptwortführer der damalige Außenminister John Forster Dulles war, ging ganz offen davon aus, daß man die nach dem 2. Weltkrieg entstandene Lage korrigieren, daß man den Sozialismus zurückrollen müsse. Im Rahmen dieser Strategie widmeten sich führende Militärs und Politiker der Vorbereitung des Tages X, des Tages von dem Adenauer sagte, man soll nicht immer von Wiedervereinigung, sondern eben von der Befreiung der Ostzone sprechen. Das kann

man übrigens alles in den Adenauer-Memoiren nachlesen. Und damit sind wir schon beim 17. Juni.

Die Schwierigkeiten wurden ausgenutzt

Die DDR hatte damals — 1953 — große wirtschaftliche Schwierigkeiten. Man hat dort Fehler gemacht — man hat ohne Diskussion die Arbeitsnormen erhöht, um die Produktivität zu steigern — man hat Preise erhöht und verschiedene andere Dinge. Man hat aber auch — das sei um der historischen Wahrheit willen erwähnt — (am 9. und 11. Juni) Schlußfolgerungen gezogen und diese Maßnahmen rückgängig gemacht. Dabei ist klar, daß man damals von westlicher Seite alles unternahm, um die Stimmungen in der DDR-Bevölkerung auszunutzen. Man wollte mehr — man wollte das Terrain zurückgewinnen und die DDR rekaptalisieren.

Der US-Geheimdienst-Chef Allan Dulles war genau in diesen Tagen in Berlin. Und Adenauers Staatssekretär im auswärtigen Amt Walter Hallstein meinte: „Europa geht bis zum Ural“ und jeder wußte damals, was damit gemeint war. Sie wissen alle in diesem Hause, daß diese Strategie des „roll-back“ nicht verwirklicht werden konnte. Schon mit Kennedy wechselte auch die strategische Orientierung. Man sprach regierungsoffiziell fortan nicht mehr vom „roll-back“, sondern von „containment“ — zu deutsch „Eindämmung“. Dieser Begriff ging schon von der Einsicht aus, daß militärische Rückeroberung oder Rekapitalisierung der DDR nicht mehr möglich ist.

Die CDU war in einer Sackgasse und wurde abgewählt

Seit dieser Zeit, den Jahren 1961/62, entwickelte sich eine Strategie der Vernunft, in deren Ergebnis Anfang der 70er Jahre die Verträge mit den sozialistischen Staaten standen. Ende der 60er Jahre war die Politik von Dulles längst gescheitert und die CDU/CSU in unserem Land so in der Sackgasse, daß sie von der Mehrheit der Bürger abgewählt wurde. Die Mehrheit in unserem Land war für die realistischeren Positionen, die von den Vertretern der SPD und der FDP eingenommen wurden. Die Mehrheit in unserem Land hatte den „kalten Krieg“ satt und wollte eine Politik der Vernunft, wie sie sich auch in den Verhandlungen und Verträgen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion bzw. der DDR — mit Schwierigkeiten zwar — aber entwickelt hat. In dieser Situation, meine Herren von der CDU, kommen Sie mit Ladenhütern der Geschichte. Nun müssen wir Sie wirklich fragen: Wollen Sie wirklich zurück zum kalten Krieg? War das damals gemütlicher, immer — ich zitiere John Forster Dulles — „hart am Rande des Krieges zu leben“? Nur durch ein neues Klima wurden vertragliche Abmachungen zwischen beiden deutschen Staaten möglich, die Erleichterungen für viele Menschen brachten. Dieser Weg muß weitergegangen werden. Wir meinen, daß die Zeichen der Zeit für eine Politik der friedlichen Koexistenz sprechen.

Natürlich wissen wir, daß auch dieser CDU-Antrag eingeordnet werden kann in eine Landes- und bundesweite Kampagne. Es gibt eben in der CDU und vor allem in ihrer Schwesterpartei viele Leute, die die Entspannung rückgängig machen wollen. Wir hoffen, daß auch diese übriggebliebenen „kalten Krieger“ bald erkennen, daß die Uhren mittlerweile anders gehen, daß man sich auch bei uns den Realitäten und dem veränderten Kräfteverhältnis anpassen muß. Notwendig ist heute Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Ost und West und keine neue Konfrontationspolitik. Wir brauchen kein Erinnerungs-Denkmal an den „kalten Krieg“!

Die Verleumdung eines Naziopfers durch die CDU ist ungeheuerlich

In der Debatte attackierten die CDU-Redner vor allem die DKP- und SPD-Abgeordneten.

So war die CDU empört, daß man in Mörfelden eine Straße nach Ernst-Thälmann benannt hat. DKP-Stadtverordneter Rudolf Dötsch sagte dazu u.a.:

„Die CDU beklagt, man hätte Thälmann Stauffenberg vorgezogen. Zunächst, Sie haben wohl vergessen, wir selbst hatten vorgeschlagen, alle Bereiche der Widerstandsbewegung — also auch die Männer des 20. Juli — zu berücksichtigen.

Die Vertreter der CDU sollten wissen — nach 1945 wurden in Mörfelden Straßen nach ermordeten Antifaschisten benannt. Mit einer Ernst-Thälmann-Straße und einer Wilhelm-Leuschner-Straße ehrte man die hunderttausende ermordeten Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Thälmann-Straße wurde 1967 umbenannt und es war schon damals versprochen worden, eine Straße wieder so zu benennen. Dieses Versprechen wurde erfüllt.

Im übrigen halten wir die Verleumdung eines Opfers der Nazi-Barbarei durch den Vertreter einer Partei, in der ein Mann wie Filbinger Karriere machen konnte, für ungeheuerlich.“



In Walldorf fotografiert. Vielleicht kommt hier ab und zu mal was durcheinander.

Konfrontationskurs bis zum Exzeß

Während der Diskussion kam es zu anti-kommunistischen Verleumdungen in „Bild-Zeitungs-Manier“, die vor allem von dem Walldorfer CDU-Stadtverordneten Majer vorgetragen wurden.

DKP-Stadtverordneter Heinz Hechler gab dazu abschließend folgende Erklärung ab:

„Auf das Argument des Stadtverordneten Majer, das gewünschte Denkmal sei als Verpflichtung zur Wiedervereinigung zu sehen, muß noch einmal eingegangen werden. Ich möchte einige Punkte nennen und wiederholen, die Sie sicher alle anerkennen.

1. Eine Wiedervereinigung von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen ist nicht möglich. Keiner von Ihnen, meine Damen und Herren von CDU, wüßte, wie so etwas zu machen wäre.
2. Verbesserungen im Besucherverkehr und in allen anderen Fragen wird es nur geben, wenn die Politik der Entspannung und Koexistenz Chancen erhält.
3. Eine Alternative zur Politik der friedlichen Koexistenz gibt es nicht. Bleibt die Frage, warum die CDU trotz dieser Debatte, in der diese Argumente genannt wurden, nicht bereit ist, diesen Antrag zurückzuziehen.

Wir werten das so:

Dieser Antrag ist, selbst wenn einige CDU-Stadtverordneten diese Tragweite noch nicht erkannt haben, eine gegen die Entspannung gerichtete Provokation, die nur zum Ziele haben kann, die Normalisierung der Beziehungen zur DDR zu stören.

Dieser Antrag ist ein Indiz dafür, daß es in der hiesigen CDU-Spitze Leute gibt, die den jetzigen Konfrontationskurs bis zum Exzeß treiben wollen. Kommunalpolitische Arbeit ist so nicht möglich. Die Bevölkerung wird es zu werten wissen.“

DKP prinzipiell gegen jede Erhöhung kommunaler Gebühren

Im Stadtparlament war die Müllabfuhrsetzung wegen der Namensänderung der Stadt neu zu beschließen. Stadtverordneter Heinz Hechler nutzte für die DKP die Gelegenheit, um sich prinzipiell gegen die Erhöhung von kommunalen Gebühren auszusprechen. Lesen Sie Auszüge aus der DKP-Erklärung:

„Das Thema Müllabfuhrsetzung mit Änderung der Gebühren, erhitzte die Gemüter in der Mörfelder Stadtverordnetenversammlung ganz erheblich.

Die DKP-Fraktion protestierte seinerzeit schärfstens gegen die Erhöhung der Müllgebühren um 236 % und zwar von 20,- DM auf 67,20 DM pro 50 l Tonne im Jahr. Ich begründete damals unseren Protest damit, daß der Bürger nicht ein Jota mehr an Leistungen erhält, wenn er von heute auf morgen 47,20 DM mehr zu bezahlen hat. Wir waren damals und sind auch heute noch der Meinung, daß die Abgeordneten des Landtages und des Kreistages den Weg des geringsten Widerstandes gegangen sind und die Kosten für eine zeitgemäße Müllbeseitigung nach unten auf die Gemeinden abgewälzt haben.

Wir waren und sind auch heute noch der Meinung, daß der einzelne Bürger an der Vermehrung des Hausmülls die geringste Schuld trägt, aber die Verpackungsindustrie gewaltige Profite dafür einstreicht. Wir prangerten an, daß der Bürger zweimal zahlen muß und zwar einmal für eine, manchmal sinnlose, doppelte und dreifache Verpackung, für Einwegflaschen und dergleichen und zum Zweiten für die Beseitigung dieses Abfalls.

Wir protestierten gegen diese Gebührenerhöhung, weil diese Belastung der Bevölkerung ja kein Einzelfall ist. Aus allen Richtungen kommen täglich Mehrbelastungen auf uns alle zu. Hier ist es nur eine Erhöhung der Müllgebühren um 236 % gewesen, dort ist es eine 40 %ige Erhöhung der Fahrpreise, heute ist es fast 100 %ige Erhöhung der Eintrittspreise im Schwimmbad und morgen werden die Kindergartengebühren erhöht. Dies könnte man fortsetzen mit der ständigen Steigerung der Lebensmittelpreise. All das kann aber nicht aufgefangen werden, wenn die Arbeiter und Angestellten nur 5 % Lohn- und Gehaltserhöhungen erhalten und wenn es im Lande fast 2 Millionen, offizielle und nicht offizielle, Arbeitslose und Kurzarbeiter gibt und wenn die davon noch nicht Betroffenen und in Arbeit stehenden, einen ständigen Abbau von Sozialleistungen in den Betrieben hinnehmen müssen.

Wir sind der Meinung, daß die damalige Forderung des Kreises pro Kopf der Bevölkerung 27,50 DM für eine „ordnungsgemäße“ Beseitigung des Hausmülls von den Gemeinden zu verlangen, nicht berechtigt war. Wie wir alle wissen, läuft die Saehe bis heute noch nicht zufriedenstellend und nach wie vor wird der Mörfelder Hausmüll — und nicht nur der — nicht in Bischofsheim kompostiert, sondern im Oberwald deponiert. Wir sind nicht der Meinung, daß die Bevölkerung einen überhöhten Preis für eine nicht ordnungsgemäß funktionierende Anlage bezahlen muß und lehnen nicht nur aus Protest diesen Antrag, der für viele hier im Hause nur eine Formalität bedeutet, ab, sondern treten heute schon massiv gegen jede weitere Erhöhung dieser Gebühr, wie sie Herr Brehl in einer Ausschußsitzung ankündigte, auf.“

Anträge der DKP-Fraktion

Trimpfad im Stadtteil Walldorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, für den Stadtteil Walldorf Planungen erstellen zu lassen für einen Trimpfad. Wir sehen die Gegend um den Walldorfer Anglersee als geeignet an.

Begründung:

Der Trimpfad in Mörfelden erfreut sich großer Beliebtheit. Um den Bürgern in Walldorf ebenfalls diese Betätigungsmöglichkeit zu bieten, in freier Natur sich sportlich zu bewegen, ist ein Trimpfad angebracht. Besonders vereinsungebundene Menschen machen gerne von diesem Trimmangebot Gebrauch.

Renovierung des Forsthauses Weingartenstraße

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das von der Stadt angekaufte Forsthaus in der Weingartenstraße wird umgehend renoviert.

Begründung:

Bei der Stadtbegehung des Bauausschusses wurde genanntes Objekt in Augenschein genommen. Dabei stellten wir fest, daß dieses Haus in sehr schlechtem Zustand ist. Um die Bausubstanz zu erhalten und ein Wohnen darin auch in Zukunft zu gewährleisten, ist eine Renovierung dringend erforderlich.

Fußweg hinter der Sporthalle Mörfelden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, den Weg zum Festplatz bis zur Mozartstraße mit einer Kiesdecke versehen zu lassen.

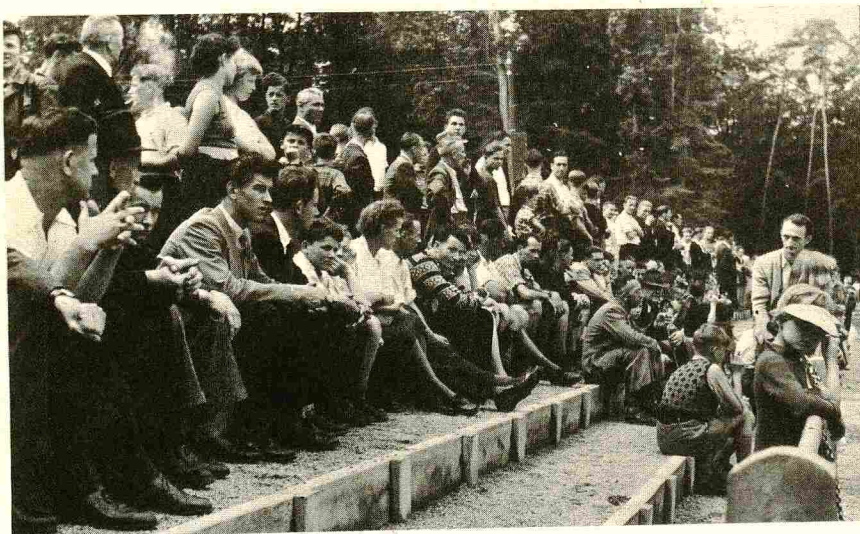
Begründung:

Genanntes Wegstück wird gerne von Bürgern als Fuß- und Radweg genutzt. Dies ist aber bei Regenwetter fast unmöglich, da aufgeweichter Boden und große Pfützen eine Behinderung darstellen. Mit ein paar Wagenladungen Kies wäre dies zu beheben, bis dieses Areal endgültig zu einem Park gestaltet ist. Sicher wird dieser Weg auch nach der Gestaltung des Parks als Fußweg erhalten bleiben.

Walldorfer Badesee wird Sorgenkind

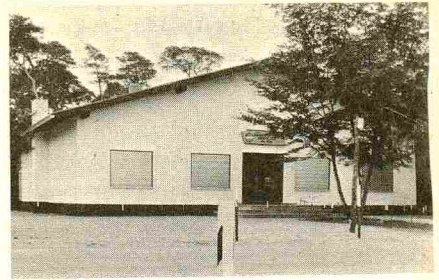
In jener Zeit, als man begann, mit Kies Kies zu machen, rodeten Wälder und buddelte große Löcher. Die Löcher überließ man der Nachwelt. Just zu dieser Zeit verbreitete sich die Idee, daß man die Löcher nutzbar machen könne. Anglervereine wurden groß. Andere konnten mit nacktem Hintern am freien Busen der Natur endlich „wieder Mensch“ sein. Das war eine feine Sache. Doch die Sache mit den Löchern in der Natur hatte einen Haken. Je mehr Löcher entstanden, Waldbestände abnahmen, wurde die Luft schlechter, der Sauerstoffgehalt nahm ab, das Grundwasser sank, der Lärm wurde nicht mehr gedämmt. Der Erholende fand keinen natürlichen Schatten mehr und fühlte sich durch Flug- und Straßenlärm belästigt. Im übrigen sah die Welt wie eine Kraterlandschaft des Mondes aus. So etwa könnte es in späteren Jahrhunderten über unsere Umgebung in Geschichtsbüchern geschrieben stehen. Zur Zeit sind wir jedenfalls auf dem besten Wege dahin. Grund zu diesen Zeilen ist der Walldorfer Badesee. Als man vor einigen Jahren auf die Idee kam, diesen See für Badende zu nutzen, in dem Glauben einen teureren Schwimmbadbau zu umgehen, war die Welt auch noch in Ord-

nung. Inzwischen ist die Autobahn Mannheim-Frankfurt verbreitert, der schmale Waldstreifen zum See verschwand. Der Wasserspiegel sank. Der Waldstreifen zur B 44 fällt auch der Axt zum Opfer, wenn diese Straße vierspurig ausgebaut wird. Im übrigen wird der See zu einem Viertel zugeschüttet. Dann ist auch die Sicht frei von der Autobahn bis Langen, quer über Badesee und Seringgrube. „Das wird eine feine Sache“. Inzwischen hat der Badeseeausbau über eine Million Steuergelder verschlungen. Die Einnahmen aus der Parkplatzgebührenordnung sind bescheiden. Zudem muß befürchtet werden, daß der See bei verkleinerter Wasserfläche nicht mehr zum Baden genutzt werden kann, da sich das stehende Gewässer nicht mehr so schnell selbst regenerieren kann. Problematisch ist das Parken an sonnigen Wochenenden. Da die Gebühren erhöht wurden, füllt sich der Parkplatz nur mäßig. Dafür sind entlang der B 44 die Blechreihen zu sehen und die Waldschneisen-Einfahrten sind mit Autos zugestopft. Auf die Gefahren, z.B. bei Waldbrand, wollen wir hinweisen. Zum Ende der Saison möchten wir von der Stadtverordnetenversammlung erfragen, ob die Einnahmen an Parkgebühren mit den Ausgaben für die Kassierung in Relation zu bringen sind.



25 Jahre Waldstadion Mörfelden

Dieses Foto wurde am 27. Juni 1953 aufgenommen. Mit einem großen Fest wurde damals das Waldstadion eingeweiht. Ein Vierteljahrhundert ist es nun das Ziel der Sporttreibenden von Mörfelden. Nach dem Kriege, als sich der Großverein SKV bildete, stand man vor dem Problem Platzmangel. Mit vereinten Kräften und viel Idealismus wurde dieses Werk gemeistert. Ein Schmuckstück ist das Waldstadion geblieben; dank der weiteren Investitionen wie Flutlichtanlage, Sportlerheim und Kunststoffplatz. Der Verein wuchs in diesen 25 Jahren von 1200 auf rund 3000 Mitglieder an. Mit guten sportlichen Leistungen ist der Großverein weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Zum Jubiläum sagt der „blickpunkt“ der SKV-Mörfelden herzlichen Glückwunsch. Wir wünschen gutes Wetter und einen ordentlichen Umsatz im Festzelt.



Am 3. Juni spielte die Musik auf, Reden wurden gehalten und Glückwünsche übermittelt. Grund: das neue Vereinshaus der Angler am Fischteich neben dem Oberwaldsee. Ein schmuckes und großzügiges Haus, das dieser etwa 200 Mitglieder starke Verein erstellte. Ein Beispiel für lebendiges Vereinsleben, Idealismus und Opferbereitschaft. Zur Eröffnung sprach Vorsitzender Heinrich Creter von der Verpflichtung zur Natur und von den Versäumnissen der Vergangenheit in Sachen Umweltschutz; und er appellierte an die Gäste, mitzuhelfen, die geschädigte Umwelt wieder zu reparieren. Die Glückwünsche der DKP überbrachte Rudi Hechler.



Der Wald in Mörfelden ist wieder kleiner geworden. Eine Schneise dehnt sich vom Schwimmbadweg bis Steinwegtor. Um der Verkehrsmisere im Schnittpunkt der beiden Bundesstraßen 44 und 486 Herr zu werden, scheint dieser Eingriff unumgänglich. Auch der innerörtliche Verkehr soll damit an die Peripherie verlagert werden.

Wir wiesen bei den Debatten über die Straßenführung stets auf die Fehler der Vergangenheit hin. Der gewachsene Verkehr ist auch eine Folge der Fusionseuphorie und der Massensiedlung von Menschen in unserem Raum. Unsere Forderung ist schon seit Jahren, daß für jeden Baum, der wegen Verkehrsmaßnahmen fällt, ein neuer gepflanzt wird. Wir fragen den Magistrat, welches aufforstbare Gelände es in unserer Gemarkung noch gibt.

Probleme mit Ärztehaus

Einiges müßte verbessert werden

Die DKP und ihre Stadtzeitung haben sich viele Jahre für ein Ärztehaus in Mörfelden eingesetzt. Als es im vergangenen Jahr endlich eingerichtet wurde, war dies ein großer Fortschritt für die ärztliche Versorgung, denn nun waren praktisch über Nacht sechs Ärzte mehr in unserer Stadt. Und es waren Fachärzte dabei, auf die man seither so lange hatte verzichten müssen. Heute hat sich das Gesundheitszentrum in der Schubertstraße eingestellt. Kein Bürger möchte das Ärztehaus missen,

Nun aber gab es einige Aufregung. Rentner sprachen uns an: „... wißt Ihr, daß der Augenarzt weggeht?“ – Frauen, die sich gerade an den Frauenarzt gewöhnt hatten, meinten: „... ja, und auch der Frauenarzt geht!“ Gerüchte über einen weiteren Weggang liefen um. Grund genug zu fragen: Steckt das Ärztehaus in einer Krise? Wir haben uns mit einer Reihe von Bürgern und mit Ärzten unterhalten und meinen, es müßte tatsächlich einiges verändert werden. Wenn auch zur Panik kein Anlaß besteht, denn die ausgefallenen Ärzte werden ersetzt.

Zunächst gibt es kleine Probleme mit der Architektur, einige Wartezonen sind zu klein. Klagen werden geführt über die zentrale Kartei, über die Telefonzentrale, die zu teuer und wenig praktikabel sei. Das sind Dinge, die sich, wenn notwendig, sicher schnell ändern lassen.

Problematischer wird es, wenn von den hohen finanziellen Belastungen der dortigen Ärzte gesprochen wird. So zwischen 1900 bis 2200 DM Miete haben die Ärzte mit ihren Umlagen dort zu zahlen. Das scheint ganz schön gepfeffert, wenn man bedenkt, daß nicht jede Praxis gleich gut geht und die Ärzte auch noch Abzahlungen für ihre teuren medizinischen Geräte zu leisten haben. (Einige Mörfelder meinten fälschlicherweise, alle medizinischen Einrichtungen würden zum Ärztehaus gehören.)

Unverständlich scheint auch eine Information, wonach die dort eingemieteten Ärzte Grundsteuer bezahlen sollen, obwohl sie kein Eigentümer des Ärztehauses sind.

Das Problem der hohen Belastungen müssen die Ärzte mit der Kassenärztlichen Vereinigung selbst lösen. Dann braucht man aber ein gemeinsames Vorgehen. Diese notwendige Solidarität

scheint es z. Zt. dort nicht zu geben. Ebenso ist offensichtlich eine zur guten Funktion des Zentrums notwendige Kooperationsbereitschaft noch nicht genügend entwickelt.

Probleme gäbe es auch in der Zusammenarbeit mit einigen alteingesessenen Mörfelder Ärzten. Man sprach davon, daß einige das Ärztezentrum regelrecht boykottierten. So soll ein Arzt in einem knappen Jahr nur fünf Überweisungen getätigt haben, während z.B. ein anderer Arzt in der gleichen Zeit ca. 500 Überweisungen ausgeschrieben habe.

Wenn diese Informationen zutreffen, dann ist dies nicht in Ordnung. Die Mörfelder Ärzte, die in der Vergangenheit stark belastet waren und deren Einsatz zu loben ist, müßten wissen, daß ihnen das Ärztehaus Luft verschafft

hat für eine bessere Versorgung der Bevölkerung.

Wir haben über diese Dinge einmal geschrieben, weil wir uns besonders mit dem Ärztehaus verbunden fühlen. Die Probleme müssen gelöst werden; dabei sind die angesprochenen Gruppen, aber auch der Magistrat unserer Stadt gefordert.

Die Idee des Ärztehauses darf nicht diskreditiert werden. Denn hier ist noch viel zu tun. Zu einem Ärztezentrum der Zukunft gehört vor allem gesundheitspolitische Vorsorge, gehören Vorträge, Kurse und eine bessere Organisation. Hier scheint das Gesundheitszentrum in Goddelau (wir berichten darüber im nächsten „blickpunkt“) bessere Möglichkeiten zu bieten. Ebenso bleibt die werksärztliche Versorgung der Mörfelder Betriebe auf der Tagesordnung. Vielleicht wird hier einmal ein Erweiterungsbau Lösungen bringen.

Dies ist ein Beitrag zur Diskussion. Wir hoffen, daß man darauf zurückkommt.



Freiheit für Chile

Im Mai kam Luis Corvalan in die Bundesrepublik. Luis Corvalan war mehrere Jahre in den Händen der chilenischen Militärjunta. Mit Folter und Todesurteil wollte man sein Leben vernichten. Die internationale Solidarität hat Luis Corvalan freigekämpft. Heute arbeitet der Generalsekretär der KP Chiles unermüdet, um der Solidarität mit dem unterdrückten chilenischen Volk weitere Impulse zu verleihen.

Bei seiner Ankunft auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen sagte Luis Corvalan: „Ich bin gekommen, um Euch für die vielen Solidaritätsbeweise zu danken. Gleichzeitig aber muß ich um noch mehr Solidarität bitten, denn unser Volk hat seine Mörder noch nicht besiegt.“

Während seiner Gespräche in Frankfurt besichtigte Luis Corvalan ein von chilenischen Künstlern in der Nordwest gestaltetes Wandbild, das dem Freiheitskampf des chilenischen Volkes gewidmet ist.

Vor dem Wandbild kam es zu einer freundschaftlichen Begegnung zwischen Luis Corvalan und einigen Landtagskandidaten der DKP-Hessen. (links im Bild: Luis Corvalan).

SCHPRISCH

Mehr als 250 Sprüche (Schprisch) und Weisheiten haben wir zusammengetragen. Aus Mörfelden und Umgebung stammen sie, sind skurril, derb, aber auch recht lustig. Einer davon: „Es is e Werrer, wie en Bauernarsch: rauh, dreggisch un windisch!“
Alle werden sie abgedruckt im

neuen „blickpunkt“-Buch „Merfeller Gebabbel“. Dazu ein Dialektwörterverzeichnis, wie man es seinesgleichen sucht und vor allem Bilder. Auf bestem Papier gedruckt – Fotos vom alten Mörfelden. Wir bedanken uns jetzt schon für die vielen Bilder, die uns zur Verfügung gestellt wurden. Wir suchen aber immer noch einige alte Aufnahmen von Mörfelden.

Ein schönes Buch wird es werden, aber auch ein notwendiges Buch, denn unser heimatlicher Dialekt geht immer mehr verloren. Die Herausgabe des „Merfeller Gebabbel“ ist mit großen Kosten verbunden. Da wir kurz vor dem Druck stehen, ist es noch möglich, Anzeigen aufzunehmen. Wer uns helfen möchte, kann bei der „blickpunkt“-Redaktion anrufen: 22 3 62.



Mörfelden gestern

Die Kalbsgasse. Das Bild entstand vermutlich während des 1. Weltkrieges. Bei den fast 50 Personen, die man darauf zählen kann, gibt es zwei Soldaten. Neben der elektrischen Straßenlampe (Mörfelden wurde 1915 elektrifiziert) finden wir auf dem Foto auch noch die alte Gaslaterne.

Idyllisch sieht es schon aus, unser heutiges ca. 60 Jahre altes Bild von der Kalbsgasse, die früher eine Sackgasse war, die nur 10 Häuser hatte, fünf Kuhfuhrwerke und einen wunderschönen Kastanienbaum. Wer aber ein wenig überlegt, weiß auch, daß dies damals keine einfache Zeit war. Über 100 Mörfelder fielen im 1. Weltkrieg; nicht für den Kaiser, sondern für den Profit der Kanonenkönige. In den damals meist kinderreichen Familien herrschte oft Not und Entbehrung. Auch daran sollte man denken beim Betrachten der schönen alten Fotos in unserer Serie „Mörfelden gestern“. Dieses Bild wird, wie übrigens alle seither erschienen, in unserem Buch „Merfeller Gebabbel“ abgedruckt, das noch in diesem Sommer erscheinen wird.